

Raus aus dem Krisenmodus – dbb Jahrestagung in Köln

Anfang des neuen Jahres 2023 fand nach corona-bedingter Unterbrechung die Jahrestagung des dbb beamtenbund und tarifunion (dbb) in gewohnter Weise wieder in Köln statt. Über 500 Teilnehmer aus Politik, Verbänden und Wirtschaft fanden sich im Kongresszentrum der Kölner Messe ein.

Eröffnet wurde die Tagung durch Friedhelm Schäfer, dem wiedergewählten 2. Bundesvorsitzenden des DBB. Er konnte zahlreiche Bundes- und Landtagsabgeordnete sowie viele Vertreter von Organisationen und Verbänden begrüßen. Er skizzierte kurz die Herausforderungen der Gegenwart an den öffentlichen Dienst und erhoffte sich Anregungen und Lösungsvorschläge von der Tagung.

In ihrem Grußwort nahm die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker als Hausherrin das Tagungsmotto auf. „Jede Krise bietet die Chance zu Veränderung und Erneuerung“, stellte sie eingangs fest. Aus ihrer Sicht hat sich in der Krise (Klima, Corona, Ukraine) der Föderalismus bewährt. Die kommunalen Verwaltungen haben ihren Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen geleistet.

Leider werden die Leistungen nicht ausreichend gewürdigt. Der Personalmangel trägt allerdings dazu bei, dass die Bürger mit der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes nicht mehr zufrieden sind. Einen großen Mangel sieht Reker in der Unübersichtlichkeit der zahlreichen Förderprogramme von Bund und Ländern. Als Beispiel dient im Augenblick die Ende letzten Jahres vom Bund beschlossene Änderung des Wohngelds. Der Bund beschließt und die Kommunen werden in der Umsetzung allein gelassen – nicht nur bei der Umsetzung sondern auch bei der Bezahlung. Reker forderte zum Schluss eine deutliche Verbesserung der kommunalen Finanzen, damit in den Kommunen die notwendigen Leistungen erbracht werden können.

Nach den Grußworten übernahm der wiedergewählte Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach mit dem Hauptreferat die Verantwortung. Unter dem Titel „Raus aus dem Krisenmodus“ forderte Silberbach die Politik in Bund und Ländern zum Handeln auf.

Die vom Bundeskanzler Scholz festgestellte „Zeitenwende“ im Hinblick auf den russischen Überfall auf die Ukraine gelte auch für andere Bereiche des öffentlichen Lebens. „Ein starker Staat ist nicht nur im Hinblick auf die Bedrohungen von außen, sondern auch auf die Bedrohungen von gefordert“, so Silberbach. Krawalle und Angriffe auf Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes und die Einrichtungen müssen unnachsichtig verfolgt werden. Es ist nicht hinnehmbar, wenn die Verfolgung an überlasteten und unterbesetzten Polizeidienststellen und Staatsanwaltschaften scheitert.

Auch forderte Silberbach ein einheitliches Disziplinarrecht, damit Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst schnell entfernt werden können und nicht als Ablenkung von dringenderen Problemen benutzt werden können.

Es sind derzeit in Deutschlands öffentlichen Dienst ca. 360.000 Stellen unbesetzt. Der Personalmangel macht sich in vielen Bereichen des täglichen Lebens bemerkbar: KITASchließungen, Lehrermangel, kaputte Infrastruktur, Leistungsdefizite bei Bahn und Post, verzögerte Genehmigungsverfahren.

„Die größte Gefahr für die Demokratie ist ein kaputtgesparter und nicht leistungsfähiger öffentlicher Dienst“, stellte Ulrich Silberbach fest und nannte 5 Meilensteine für den öffentlichen Dienst der Zukunft:

1. Meilenstein: Raus aus dem Krisenmodus- Aufbruch, Tatendrang, Tatkraft
2. Meilenstein: Raus aus dem Krisenmodus mit mehr Personal
3. Meilenstein: Raus aus dem Krisenmodus attraktive Beschäftigungsbedingungen
4. Meilenstein: Raus aus dem Krisenmodus mit Digitalisierung
5. Meilenstein: Raus aus dem Krisenmodus nur mit dem Beschäftigten

Der Beifall der Zuhörenden machte deutlich, dass Ulrich Silberbach den richtigen Ton getroffen hatte.

Umso größer waren die Erwartungen an Nancy Faeser, der Bundesinnenministerin. Sie war erstmals bei der dbb-Jahrestagung dabei. Die Ministerin stellte in ihrem Referat die besonderen Leistungen der Mitarbeitenden im öffentlichen Dienst heraus und bedankte sich herausragenden Leistungen. „Der öffentliche Dienst ist Gestalter der Zeitenwende“, stellte sie fest.

Ebenso gab es klare Worte über Extremisten im öffentlichen Dienst. „Wer den Staat verachtet, kann ihm nicht dienen.“ Gewaltexzesse müssen bekämpft werden, der Staat muss sich wehren können.

Hinsichtlich der Tarifforderungen des dbb gab es die seit Jahrzehnten bekannten Äußerungen, dass die öffentlichen Finanzen die geforderten Erhöhungen nicht leisten könnten. Immerhin gab es die Zusage, dass die Tarifergebnisse auf die Beamtenbesoldung übertragen werden sollen (mal sehen, ob der Finanzminister dem zustimmt).

Einen anderen Blick auf den öffentlichen Dienst warf der ehemalige Verfassungsrichter Udo di Fabio in seinem Referat: Ein funktionierender öffentlicher Dienst dient als Stabilisator für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Im Augenblick ist eine Erosion des Vertrauens in die Funktionsfähigkeit des Staates feststellbar. Die Erhaltung der Staatsfunktionen ist ein Verfassungsgebot und deshalb ist der öffentliche Dienst ein Grundelement im Staatsaufbau. Die Sicherung der Funktion des Staates muss bei der Gesetzgebung berücksichtigt werden. Leider ist feststellbar, dass die Gesetzgebung an Umfang und Kompliziertheit zugenommen hat. Bei diesen Rahmenbedingungen sind deshalb Funktionsverluste unvermeidbar. Investitionen in die öffentliche Infrastruktur sind deshalb erforderlich. In diesem Zusammenhang ist es auch erforderlich Konzepte zu entwickeln, in denen die Aspekte der Nachhaltigkeit ausreichend Berücksichtigung erhalten.

Weitere Aspekte zum Tagungsthema brachte der Politikwissenschaftler Albrecht von Lucke in seinem Vortrag zur Geltung: „Die Demokratie steht auf der Kippe“, lautete eine seiner Thesen und bezog sich auf die Krawalle in der Silvesternacht, wo die Staatsorgane nicht in der Lage waren, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten.

Es gibt Defizite in der Durchsetzung von Gesetzen, die zum Teil auf Mängeln in der Ausführung von Gesetzen beruhen. Andererseits hat sich die Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten auch erheblich gewandelt. Das Selbstverständnis und die Erwartung der Staatsbürger an ihren Staat ist heute bestimmt durch die Haltung, den eigenen Nutzen zu maximieren und nicht das Ganze zu betrachten. „Was ist der Einzelne bereit zu zahlen, für die Erledigung der staatlichen Aufgaben?“ ist eine der wichtigsten Fragen nach Aussage von A. von Lucke.

Zukunftsinvestitionen erfordern eine Umschichtung von Vermögen, um die marode Infrastruktur wieder auf Stand zu bringen, damit die Lebensqualität von allen Bürgern gesichert werden kann.

In seinem Grußwort ging der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Hendrik Wüst auf die von den Vorrednern erwähnten Probleme ein. „2023 ist ein neues Jahr mit alten Themen“, stellte Wüst zu Beginn fest. Die Statements in seinem Referat unterschieden sich wenig von denen seiner Vorredner. Ein starker und verlässlicher öffentlicher Dienst ist für ihn unabdingbar zur Lösung der anstehenden Aufgaben, wie Klimaschutz und Ukrainekrieg. Für Hendrik Wüst ist ein attraktiver öffentlicher Dienst mit vernünftigen Arbeitsbedingungen und einer ordentlichen Bezahlung Basis für die Weiterentwicklung der Gesellschaft.

In den sich anschließenden Podiumsdiskussionen ging es um Themen wie Energiesicherheit, Personalmangel, Investitionen in den öffentlichen Dienst. Dabei wurde klar, dass nicht nur dem öffentlichen Dienst Mitarbeiter fehlen, sondern dass auch in der Privatwirtschaft etwa 2 Mio. Fachkräfte fehlen. Der Fachkräftemangel wird auf absehbare Zukunft uns in allen Lebenslagen begleiten. Dazu wurde gefordert, die Einwanderung von Fachkräften zu erleichtern und eine Zuwanderungskultur zu entwickeln. Es müssen die Potentiale in allen Bevölkerungsgruppen gehoben werden.

In der Diskussionsrunde über Energiesicherheit und Klimakrise wurde die Forderung von Dirk Messner dem Präsidenten des Umweltbundesamts erhoben, die laufenden Veränderungen in Staat und Gesellschaft mehr unter den Aspekt der Nachhaltigkeit zu stellen. „Die Regelungen zur Anpassung an die Herausforderungen der Gegenwart müssen den Kriterien der Nachhaltigkeit entsprechen“, so die Forderung von Dirk Messner.

In seinem Schlusswort zum Ende forderte der Tarifvorstand Volker Geyer von der Versammlung: „Wir brauchen keine schönen Worte, sondern Taten.“

Ulrich Zeigermann